

# 1978

1978: VOLKSABSTIMMUNG ZWENTENDORF



# Volksabstimmung Zwentendorf

Die erste Volksabstimmung der Zweiten Republik am 5. November 1978 über die friedliche Nutzung der Atomenergie in Österreich und die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf, die ein knappes Nein zur Atomenergie brachte, war der überraschende Höhe- und Endpunkt der Atomenergiedebatte in Österreich. Überraschend daran war vor allem, daß sich eine nichtinstitutionalisierte Bewegung – der Zusammenschluß von Anti-Atomkraft-Initiativen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen – gegen etablierte politische Institutionen durchsetzen konnte. Zwar hatten sich zu Beginn der siebziger Jahre aus der 68er-Bewegung die ersten sozialen Bewegungen, in erster Linie die Ökologie- und die Frauenbewegung, entwickelt. Diese agierten aber zunächst noch sehr vereinzelt und ohne Rückhalt breiter Bevölkerungskreise. Das politische Kräfteverhältnis bzw. die Dominanz der beiden Großparteien änderte sich dadurch nicht.

Die Atomenergiedebatte um Zwentendorf ab Mitte der siebziger Jahre zeigte jedoch bereits, daß quer durch die ganze Gesellschaft die großen Parteien als politische Interessenvertreter und Entscheidungsträger zunehmend in Frage gestellt wurden. Politische Partizipation beschränkte sich für viele nicht mehr allein auf die Stimmabgabe bei Nationalratswahlen, sondern konnte jetzt auch direkte politische Einflußnahme auf konkrete Sachthemen bedeuten. Die Volksabstimmung über das Atomkraftwerk Zwentendorf war in dieser Entwicklung ein deutliches und darüber hinaus mobilisierendes Signal.

Dies zeigt unter anderem die nach 1978 steigende Zahl

von Volksbegehren. Während in den vierzehn Jahren zwischen dem ersten Volksbegehren (Rundfunkreform 1964) und der Volksabstimmung über das AKW Zwentendorf nur vier Volksbegehren initiiert wurden, waren es in den ersten zehn Jahren nach 1978 bereits acht, zwischen 1989 und 1997 schließlich elf Volksbegehren. Es muß allerdings eingeräumt werden, daß die Parteien selbst das Volksbegehren als wirksames Instrumentarium, politischen Einfluß auszuüben, für sich entdeckt haben. Zahlreiche Volksbegehren werden nicht von überparteilichen Bürgerinitiativen oder Bürgergruppen, sondern von den Oppositionsparteien selbst initiiert. Zudem sind, abgesehen vom Volksbegehren, die Volksabstimmung und die Volksbefragung als weitere Instrumente direkter Demokratie bis heute kaum in Anspruch genommen worden. Insofern hat „Zwentendorf“ weniger zum Durchbruch des Prinzips der direkten Demokratie geführt als zur Bildung neuer sozialer Bewegungen und zur Veränderung der Parteienlandschaft.

Die folgenden Texte sollen die bereits angesprochenen Aspekte verdeutlichen: Der Text von Anton Pelinka skizziert das Verhältnis von direkter und repräsentativer Demokratie in der Zweiten Republik, Herbert Gottweis faßt die Entwicklung der Atomenergiediskussion und der Anti-Atomkraft-Bewegung bis zur Volksabstimmung über das AKW Zwentendorf 1978 zusammen, und David Campbell wird die Nachwirkungen der Volksabstimmung und der Bildung von Bürgerinitiativen für die politische Landschaft Österreichs analysieren.

## DER AUFSTIEG DES PLEBISZITÄREN

ANTON PELINKA

Die Volksabstimmung vom 12. Juni 1994 war die zweite direkt demokratische Entscheidung in der Geschichte der Republik Österreich. Daß der Ausgang dieser plebiszitären Entscheidung dem der repräsentativ-demokratischen Meinungsbildung im Nationalrat entspricht, ändert nichts an der zumindest kurzfristig verstärkten Aufmerksamkeit (und damit wohl auch Gewichtigkeit), die dem Entwicklungsstand und den Entwicklungsmöglichkeiten eines sich stärker plebiszitär orientierenden politischen Systems zukommt.

Die Volksabstimmung (Plebiszit, Referendum) ist eine in den meisten Demokratien – besonders ausgeprägt in der Schweiz – vorgesehene und genützte Variante demokratischen Entscheidens. Da durch die Abstimmung der demokratische Souverän, das Volk, unmittelbar und direkt eine materielle Entscheidung trifft – unter Ausschaltung (oder Umgehung) aller intermediären Einrichtungen wie Parlamente und Regierungen, Parteien und Verbände – kommt der Volksabstimmung ein besonders hoher demokratischer Stellenwert zu.

**Zum Qualitäts-  
wandel der  
österreichischen  
Demokratie**

Das Instrument der Volksabstimmung muß im Zusammenhang mit anderen Entscheidungsformen der Demokratie gesehen werden: mit Parlamenten und Regierungen, in denen vor allem Parteien, sowie mit korporativen Institutionen (Sozialpartnerschaft), in denen vor allem (Wirtschafts-)Verbände agieren. Parlamentarismus (also das Zusammenspiel von Regierung und Parlament) und Korporatismus bilden die zentralen Einrichtungen der repräsentativen Demokratie. „Parteienstaat“ und „Verbändestaat“ sind Begriffe zur Beschreibung und Analyse von deren Funktionieren.

Alle politischen Entscheidungsformen, die diese intermediären (repräsentativen) Institutionen mit Berufung auf den Souverän, auf das Volk, relativieren und begrenzen, sind plebiszitäre Einrichtungen. Neben der Volksabstimmung, dem plebiszitären Instrument schlechthin, zählen dazu auch noch das Volksbegehren sowie – weil sie den Willen der WählerInnen an die repräsentativen Entscheidungsträger vermitteln – Wahlen und Demoskopie und (unter bestimmten Voraussetzungen) Medien.

Daß jede funktionsfähige Demokratie eine Mischung aus repräsentativen und plebiszitären Elementen voraussetzt, gehört zu den Stehsätzen der vergleichenden Politikwissenschaft.<sup>1</sup> Daß die politische Kultur der Zweiten Republik auf einem gewissen Vorrang der repräsentativen Komponente gegenüber der plebiszitären aufbaut, ergibt sich aus einem empirischen Befund:

Die Konstituierung der Zweiten Republik, manifestiert in deren Gründungsdokument – der Unabhängigkeitserklärung –, war ein Akt des elitären Konsenses. Die politischen Eliten der beiden einander im Bürgerkrieg vom Februar 1934 gegenüberstehenden Lager haben, zunächst noch unter Mitwirkung der vorübergehend für wichtig gehaltenen Kommunisten, einem sich aus der Moskauer Deklaration ergebenden und der militärischen Lage entsprechenden Kalkül folgend, die Republik von oben neu geschaffen.

Die kartellartige Züge tragende Kooperation der beiden Großparteien in der „permanenten Koalition“<sup>2</sup> ließ Impulsen, die – von unten kommend – nicht von den ÖVP- und (oder) SPÖ-Eliten kontrolliert waren, kaum einen Spielraum. Dem entsprach auch das fast vollständige Fehlen eines eigenständigen Spielraumes des Parlaments. Wahlen und Gesetzgebung waren in den ersten zwei Jahrzehnten der Zweiten Republik extrem berechenbar.

Die in Ergänzung zur Großen Koalition, als deren zweites Standbein, ab 1945 aufgebaute Sozialpartnerschaft verstärkte noch das konkordanzdemokratische Element der elitären „amicabilis compositio“.<sup>3</sup> Ab 1966, nach dem Ende der „permanenten Koalition“, wurde die Sozialpartnerschaft zu deren Fortsetzung mit anderen Mitteln und somit zum stärksten repräsentativen Element des politischen Systems.

Die für die plebiszitäre Komponente ausdrücklich vorgesehenen Institutionen des Bundes-Verfassungsgesetzes, Volksbegehren und Volksabstimmung, wurden zunächst überhaupt nicht und dann mit unterschiedlicher Häufigkeit und Wichtigkeit genutzt. Das Volksbegehren wurde bald zu einem von Teilen der politischen Eliten gesteuerten (Oppositions-)Instrument; und die Volksabstimmung konnte wegen der im Bundes-Verfassungsgesetz vorgesehenen, repräsentativen Zugangskontrolle durch die Mehrheit des Nationalrates (Ausnahme: Gesamtänderung der Bundesverfassung) überhaupt erst zweimal real genutzt werden. /.../

*Pelinka, Anton: Der Aufstieg des Plebiszitären. In: Pelinka, Anton (Hg.): EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich. Signum-Verlag, Wien 1994, S. 9f.*

1 Fraenkel, Ernst: Deutschland und die westlichen Demokratien. Stuttgart 1964, S. 71–109.

2 Naßmacher, Karl-Heinz: Das österreichische Regierungssystem. Große Koalition oder alternierende Regierung? Köln 1968, S. 105–129.

3 Lehmbuch, Gerhard: Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich. Tübingen 1967.

## ZWENTENDORF UND DIE FOLGEN

HERBERT GOTTWEIS

Während also anfangs der siebziger Jahre, ausgehend von den Städten, in verschiedenen Bereichen und regional verstreut politische Proteste langsam zunahm, fehlte allerdings noch ein massenmobilisierender Schlüsselkonflikt von überregionaler, nationaler Bedeutung, der für die Herausbildung einer ausdifferenzierten Szene neuer sozialer Bewegungen jene Funktion haben könnte, wie sie die Studentenbewegung etwa in der Bundesrepublik gehabt hat. Die Auseinandersetzung um die Nutzung von Atomkraft in Österreich sollte zu jenem Schlüsselkonflikt mit Signalwirkung werden. Der geplante Einsatz von Atomkraft vor allem nach der Energiekrise von 1975 (drei Atomkraftwerke bis 1985) stieß zunächst im Fall des geplanten Projektes von St. Pantaleon auf den Widerstand lokaler Bürgerinitiativen und linker Gruppen. Der Druck des Widerstands und die Konflikteskalation um die Atomkraft in der BRD ließ die Regierung von einer Realisierung dieses Projekts Abstand nehmen. Damit waren aber die staatlichen Atompläne noch nicht ad acta gelegt. Zur Vorbereitung der Inbetriebnahme eines bereits in Bau befindlichen Atomkraftwerks in der Gemeinde Zwentendorf kündigte die Regierung eine Informationskampagne an. Ankündigung und Durchführung dieser Kampagne führten zum bundesweiten Zusammenschluß von Atomgegnergruppen zur Initiative österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG), die es verstand, die Regierungskampagne für ihre Zwecke umzufunktionieren. Die IÖAG wurde zu einem ersten bedeutenden Experimentierfeld basisdemokratischer Ansprüche. War der erste Widerstand vor allem von konservativen Kreisen und traditionellen Natur- und Umweltschutzgruppen getragen, so veränderte sich die Bewegung 1975 hin zu einer österreichweiten Bewegung mit dem Schwerpunkt Wien und den Landeshauptstädten unter Teilnahme vieler Jugendlicher, die oft aus dem studentischen Milieu kamen. Trotz beträchtlicher politischer Gegensätze innerhalb der Kernkraftgegner gelang aber eine organisatorische Zusammenfassung und ein einheitliches Auftreten gegenüber den politischen Autoritäten. Die österreichische Anti-AKW-Bewegung umfaßte am Höhepunkt ihrer Aktivitäten Schätzungen zufolge rund 500.000 Personen. Ein wesentlicher Effekt der Eskalation der Kernenergiekontroverse war eine zunehmende Verunsicherung der Öffentlichkeit und der politischen Entscheidungsträger zum Thema Kernenergie. Der Kernenergiekonflikt trat im Zuge der Auseinandersetzung nun auch auf der politischen Entscheidungsebene im etablierten politischen System auf.



*Demonstration vor AKW  
Zwentendorf in  
Niederösterreich, 1977  
Quelle: Votava*

Während die Sozialpartner auf Inbetriebnahme drängten und sich die SPÖ offiziell auf eine Pro-Atomlinie festlegte, blieb die Position der ÖVP vage, und die kleine FPÖ vertrat eine kernkraftkritische Position. In dieser Situation, in der die SPÖ allein eine Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf hätte verantworten müssen, wurde die Idee einer Volksabstimmung wieder aktuell, die schon früher von Atomkraftgegnern erhoben worden war. Und diese Volksabstimmung wurde zu einem historischen Datum der österreichischen Anti-AKW-Bewegung: Am 5. 11. 1978 stimmten bei einer Beteiligung von 64,1 % der Stimmberechtigten 50,5 % (Stimmüberhang 30.000 Stimmen) gegen die Inbetriebnahme Zwentendorfs.<sup>1</sup> Der Erfolg der Anti-AKW-Bewegung bestand aber nicht allein darin, daß Österreich heute mit Norwegen und Dänemark zum exklusiven westeuropäischen Klub der kernenergiefreien Länder zählt. Die Anti-AKW-Bewegung gab auch zahlreichen anderen gesellschaftskritischen Potentialen Auftrieb bzw. entfaltete eine geradezu katalytische Wirkung im Hinblick auf die Ausbildung weiterer neuer sozialer Bewegungen in Österreich.<sup>2</sup> Mit der Zwentendorf-Abstimmung war der Höhepunkt des in den siebziger Jahren einsetzenden Protestzyklus erreicht worden; die in der Anti-AKW-Bewegung gemachten Erfahrungen und Sozialisationsprozesse sollten in der Folge eine zentrale Bedeutung für die Aktivitäten der neuen sozialen Bewegungen in den achtziger Jahren haben.

Aus: Gottweis, Herbert: *Neue soziale Bewegungen in Österreich*. In: Dachs, Herbert u.a. (Hg.): *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik*, Manz-Verlag, Wien 1997, 3. erweiterte und völlig neu bearbeitete Auflage, S. 347/348.

- 1 Schaller, Christian: *Die österreichische Kernenergiekontroverse: Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse mit besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Zwentendorf bis 1981. Dokumentation – Analyse - Interpretation*, 2 Bände, Dissertation, Universität Salzburg 1987.
- 2 Schuller, Ernst: *Alternativbewegung in Oberösterreich. Regionale Ausformungen einer gesellschaftlichen Neuerungs- und Oppositionsbewegung*. Dipl.-Arbeit, Universität Linz 1982.

## DER POLITISCHE PARADIGMENBRUCH IN ÖSTERREICH

DAVID CAMPBELL

**Was heißt Paradigmenbruch?** Das politische System Österreichs, nach 1945, galt immer als eines der stabilsten; gesehen in einem westeuropäischen Kontext. Das österreichische Elektorat, die österreichische politische Kultur insgesamt, sie charakterisierten sich durch ein system-konformes Verhalten, überraschend starke Pendelbewegungen bei Wahlen blieben aus. Auf der Oberfläche des politischen Systems manifestierte sich diese Konformität/Stabilität in drei Indikatoren: Wahlbeteiligung, Organisationsdichte (gleichbedeutend mit: wieviel Prozent der Österreicher auch Parteimitglieder sind) und Parteienkonzentration, d.h. wieviel Prozent der Wahlstimmen die beiden Großparteien SPÖ und ÖVP auf sich vereinigen konnten. /.../

Die späten siebziger Jahre bilden für das politische System Österreichs eine wichtige Zäsur, weil hier die Stabilitätstendenz an einen Punkt gelangt, wo sie als Systemkriterium an Erklärungswert verliert: Es tritt ein politischer Paradigmenbruch ein, dahingehend, daß Stabilität und Parteienkonzentration einem reversen Prozeß zu unterliegen beginnen. Der Begriff Paradigmenwechsel soll dabei weniger einen plötzlichen Strukturbruch markieren, sondern mehr einen systemischen Prozeß implizieren. Zwei Daten sind hier von wichtiger Bedeutung und gehen über eine bloße Symbolik weit hinaus; 1978: In der ersten bundesweiten Volksabstimmung, die es jemals in Österreich gab seit der Einführung dieses Instrumentariums in der Verfassung,<sup>1</sup> lehnt die Mehrheit der Bevölkerung die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes (AKW) Zwentendorf ab. Und die Nationalratswahl 1979: Zwar kann die SPÖ ihr historisch bestes Wahlergebnis erzielen (51,02 %) und damit noch einmal die Position einer absoluten Parlamentsmehrheit verteidigen; was jedoch den Stabilitätsindikator Parteienkonzentration betrifft, entwickelt sich dieser mit einem Wert von 92,9 % bereits rückläufig. Das Ziel meiner Analyse soll jetzt darin bestehen, den Paradigmenbruch-Prozeß zu erklären, jene Dynamikmomente nachzuzeichnen, die zu einem veränderten Wählerverhalten

hinführten, sowie den Hintergrund und die Beweggründe für das Entstehen von Bürgerinitiativen zu rekonstruieren.

Die erste Phase des politischen Systems in Österreich war durch Konformitätsmerkmale gekennzeichnet, wie Elitenkonsens zwischen den etablierten Großparteien (ÖVP und SPÖ), eine parteipolitische Durchdringung und damit auch parteipolitische Kontrolle der Gesellschaft („Parteibuchwirtschaft“), die Entwicklung der Großparteien von der Basis der Klassenpartei in Richtung einer allgemeinen Volkspartei und einem fast schon überdehnten Vertretungsanspruch für die gesamte Gesellschaft, mit der Implikation, daß sich der Volkspartei-Typus als Antwort auf die neuentstehende „politische Mitte“ verstand. (Anmerkung: In der sozialwissenschaftlichen Diskussion erhielt der Volkspartei-Typus von Otto Kirchheimer das Etikett „Allerweltpartei“ und von Anthony Downs „multipolicy party“.) Will man die Funktion der Stabilitätsleistung des österreichischen Systems auf einen einzigen Nenner bringen, so könnte überspitzt die Folgerung heißen: Die Stabilität schien der geeignete Rahmen und Garant dafür zu sein, der Wirtschaft ein optimales Umfeld für ihre Entwicklung zu bieten; zuerst im Zeichen des ökonomischen Wiederaufbaues nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges, dann im Zeichen eines allgemeinen materiellen Wohlstandes und schließlich unter dem Anspruch der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit/Umverteilung während der SPÖ-Alleinregierungen („Ära Kreisky“, 1970–1983).

Kann nun das Jahr 1978 mit dem überraschenden Ausgang der Volksabstimmung über das AKW Zwentendorf als symbolische Markierung für das politische System Österreichs gelten, so wird relativ schnell ersichtlich, daß es sich bei dieser „politisch-strukturellen“ Wende auch um einen Generationskonflikt handelt. Die ältere Generation verfügt über den gemeinsamen Erfahrungshorizont von materiellem Elend in der Ersten Republik, Bürgerkrieg und Anschluß, überschattet noch von der Tragödie des Zweiten Weltkrieges. Deshalb schien ihr Primärinteresse zu sein: Politik (parlamentarische Politik) in Form von Stabilität und Sicherheit sowie eine materielle Kompensation früherer Defizite. Dem konträr verhalten sich nun die Erfahrungen und Wahrnehmungen/Perzeptionen der jüngeren Generation. Einerseits ist für sie ein Wirtschaftssystem mit einer flächenabdeckenden materiellen Mindestversorgung keine politische Forderung mehr, sondern ein bereits vorgefundener Zustand, d. h. der Wohlstand der Mittelschichten deklariert sich als ein Ausgangspunkt ihrer Wahrnehmung. /.../

Auf einen Punkt gebracht, würde die Kritik lauten: Stabilität bedeutet Verdrängung. Deshalb findet sich das primär materielle Interesse bei der jüngeren Generation erweitert (d. h. nicht abgelöst) durch Forderungen nach direkteren politischen Partizipationsmöglichkeiten (auch als Aspekt von „persönlicher Selbstverwirklichung“) und einer veränderten Einstellung zur Umweltfrage (Stichwort „ökologische Krise“).

In einer interessanten Studie zeigt Fritz Plasser auf, wie Oberfläche und Tiefenstruktur des österreichischen politischen Systems miteinander revers (widersprüchlich) gekoppelt sind.<sup>2</sup> Der extremen Stabilitätsleistung, ausgedrückt in den Faktoren der Wahlbeteiligung, Organisationsdichte und Parteienkonzentration, steht auf der Wählerseite ein Gefühl der „politischen Ohnmacht“ gegenüber, d. h. der Wähler empfindet subjektiv ein Defizit hinsichtlich seiner Position, seiner Einflußmöglichkeiten über das Instrumentarium der Wahl hinaus auf gesellschaftliche Prozesse und die politische Ebene. Damit scheint die hohe Wahlbeteiligung auch mehr ein Indikator dafür zu sein, wie effizient die Parteien die österreichische Gesellschaft/Bevölkerung durchstrukturiert haben: Die Wahl-Mobilisierungskapazitäten der Parteien interpretieren sich als Loyalitätsmanifestationen der Wähler. Das Fazit daraus könnte lauten: Aus einem „Gehorsam“ gegenüber seiner/ihrer Partei geht der Österreicher, die Österreicherin wählen.

Zur Analyse der neuentstandenen Dynamikeffekte in der Politik ist es notwendig, die Prozesse auf der Parteebene und der Wählerebene parallel zu untersuchen, ihre strukturelle/funktionale Koppelung sowie die Erosion der Großparteien in direkte Konfrontation zu setzen zu den veränderten Bedürfnissen und einer differenzierten politischen Wahrnehmung durch die Wähler.

**Die Ursachen  
der Dynamik-  
prozesse**

**Erosion  
der Großparteien**

Auf der Parteebene läßt sich die Erosion der Großparteien, im Sinne ihrer Verluste und Einbußen bei Wahlen, vor allem in zwei funktionalen Defiziten orten.

Erstens: Die Entwicklung von einer Klassenpartei zu einer allgemeinen Volkspartei führte zu einem überdehnten Vertretungsanspruch, d. h. die Intention, für jeden Wähler potentiell attraktiv zu wirken, war ab einem gewissen Punkt nicht mehr realisierbar bzw. glaubwürdig genug. (Hier möchte ich gerne den Begriff der „Supermarkt-Partei“/„supermarket party“ einführen.) Es resultierten Unklarheiten hinsichtlich des Partei-Profiles und -Images, charakterisiert durch das Dilemma: Je größer die Wähler-Zielgruppe sein sollte, desto unspezifischer und nicht-eindeutiger mußten sich oft die Aussagen gestalten. Außerdem trat zu der Zielunschärfe eine Innovationsträgheit der Großparteien hinzu, gefördert durch ihre Größe (und ihre bisherigen Erfolge), mit der Implikation, daß die Politik/Policy der Parteien immer weniger neuentstandene Bedürfnisse in der Bevölkerung abdeckte. Diese Kluft vergrößerte sich auch durch den Tatbestand, daß die Parteiliten oft der älteren Generation angehörten, aber ein wachsendes Segment der Bevölkerung auf Jungwählern mit einer Establishment-kritischen Einstellung basiert.

Zweitens: Der politische Elitenkonsens mit dem ausgeprägten Proporzsystem bewirkte eine extreme Machtverfälschung der Großparteien. Selbst während der SPÖ-Alleinregierungen war die ÖVP „macht-präsent“, auf der Landesebene (die „schwarzen Bundesländer“) und in der Sozialpartnerschaft. Dazu kam noch die restriktive Rekrutierungsstrategie über den Kanal der „Parteibuchwirtschaft“. Die langen Regierungsfunktionen führten zu natürlichen Abnützungerscheinungen und bildeten ein optimales „Sozietop“ für Korruption und andere Fehlfunktionen. Der Elitenkonsens förderte die Korruption nach dem Motto: „Du deckst nicht meine Skandale auf, dafür schweige ich über deine.“ Die Eliten der österreichischen Großparteien waren sich darin einig, nicht zuviel öffentliche Transparenz in den „Hinterhöfen ihrer Macht“ zuzulassen.

Die Dynamikprozesse auf der Wählerebene schufen Bedingungen, die den Politikauffassungen der Großparteien entgegenliefen und deren Erosionserscheinungen einleiteten. Folgende Verschiebungen erzeugten veränderte Funktionsbeziehungen zwischen Wähler und Politik. Erstens: Die sozioökonomischen Umschichtungen führten zur Auflösung bzw. Aufweichung der traditionellen Sozialmilieus, sprich: der Lagerabgrenzungen. Der expandierende Tertiärsektor (Dienstleistungen) und die wachsende Zahl der Angestellten bildeten die Basis für die „neuen Mittelschichten“. Infolge davon verliert der milieuverankerte Beweggrund des „class voting“ an Bedeutung, in vielen Bereichen etabliert sich das „issue voting“ zum dominanten Faktor, d. h. die entscheidenden Wahlmotive sind „Sachthemen“ und die führenden „Persönlichkeiten“ der Parteiliten (Stichwort „Spitzenkandidaten“; so etwa erhielt während der Nationalratswahl 1990 der SPÖ-Spitzenkandidat Franz Vranitzky 560.789 Vorzugsstimmen, laut Wiener Zeitung vom 13. Oktober 1990).

**DIE ENTWICKLUNG DER PARTEIENKONZENTRATION SPÖ/ÖVP**

Die Prozentzahlen sind die addierten Stimmenabgaben für SPÖ+ÖVP.

**Nationalratswahlen****Phase 1: (1945–1975)**

Wahljahr

<b>1945</b>	94,4%
<b>1949</b>	82,7%
<b>1953</b>	83,4%
<b>1956</b>	89,0%
<b>1959</b>	89,0%
<b>1962</b>	89,4%
<b>1966</b>	90,9%
<b>1970</b>	93,1%
<b>1971</b>	93,1%
<b>1975</b>	93,3%

**Phase 2: (1979–1990)**

Wahljahr

<b>1979</b>	92,9%
<b>1983</b>	90,8%
<b>1986</b>	84,4%
<b>1990</b>	75,1%
<b>1994</b>	62,9%
<b>1995</b>	66,35%

Anmerkung: Die FPÖ bzw. der VdU (WdU) kandidierte erst ab der NRW 1949. Quellen: Für die NRWen 1945–1986: Mackiel/Rose 1991; für die NRW 1990: Wiener Zeitung, selektierte Oktober-1990-Nummern; für die NRWen 1994/1995: Nick, Rainer/Pelinka, Anton: Österreichs politische Landschaft, Haymon-Verlag, Innsbruck 1996, 2. aktualisierte Auflage, S. 72.



*Demonstration  
gegen die  
Inbetrieb-  
nahme des  
Kernkraftwerks  
Zwentendorf,  
27. Juni 1977  
Quelle: Votava*

Zweitens: Es kommt zu einem Wertewandel in der Bevölkerung.<sup>3</sup> Die materialistische Ethik (primär wachstums- und konsumorientiert) wird durch postmaterialistische Einstellungen erweitert, was auf der individual-psychologischen Ebene häufig einen Mischtypus bewirkt. Dieser versteht sich nicht als Ablöse der materiellen Interessen insgesamt, sondern die Bedürfnisskala wird zusätzlich mit postmateriellen Issues geladen (zu solchen Ergebnissen kommt eine IFES-Studie<sup>4</sup>). Dazu gehören vor allem: Eine Sensibilisierung der Umweltfrage (mit dem Wissen, daß einem rein quantitativen Wachstum auch Grenzen gesetzt sind), die Forderung nach einer verstärkten politischen Partizipation bzw. Mitbestimmung sowie Begriffe wie „Selbstverwirklichung“ und „weiche/harmonische Beziehungen“.<sup>5</sup>

Drittens: Eine wachsende Nicht-Akzeptanz bestehender politischer Mißstände, die sich als systemische Nebenwirkungen und Ausuferungen einer Politik interpretieren, die auf Elitenkonsens basiert, gekoppelt mit Proporzanteilungen und einer parteipolitischen Kontrolle der Gesellschaft (Parteibuch-Rekrutierung).

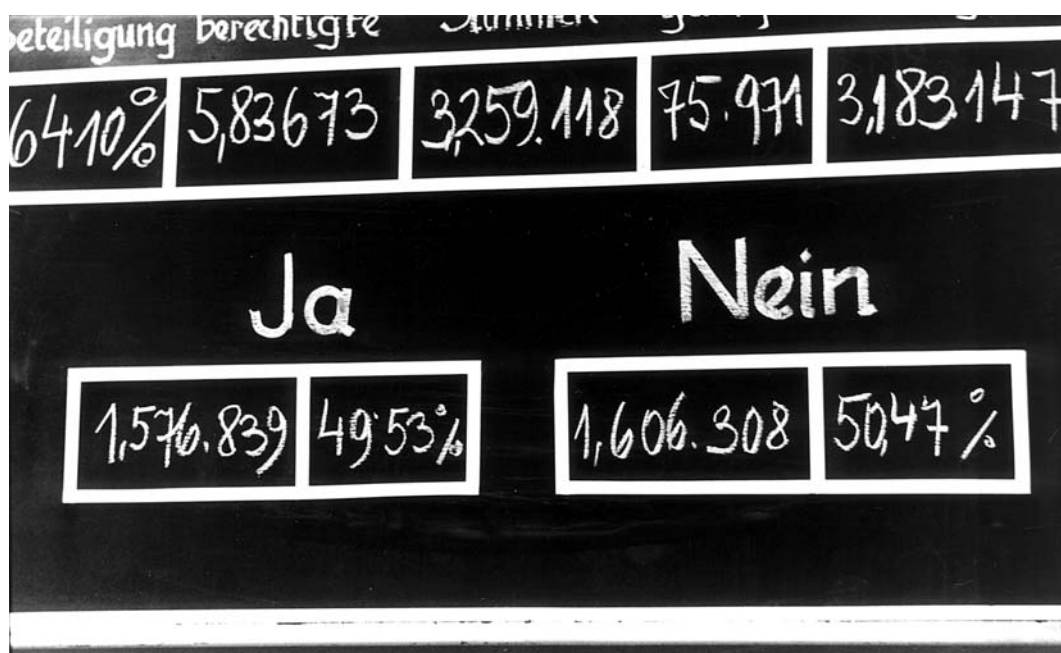
Dieses zunehmende Unbehagen der Wähler konnte Wolfgang Mantl in einem Wortspiel geschickt einfangen.<sup>6</sup> Er etikettierte das Unbehagen nicht als „Politikverdrossenheit“ an sich, sondern gab ihm das Label „Politikerverdrossenheit“. Und der Abgeordnete Peter Pilz von den Grünen meinte ironisch, in Anspielung auf die Parteibuchwirtschaft, daß die Parteien der Zweiten Republik „verstaatlicht“ wurden.<sup>7</sup>

Die Auflösung der traditionellen Sozialmilieus und die Etablierung einer Nicht-Akzeptanz politischer Willkür durch den Staatsbürger implizierten eine Verschiebung der Wählerstruktur, das Zurückdrängen des „class voting“ durch den Faktor „issue voting“, was gleichbedeutend ist mit: Stamm- bzw. Kernwähler verlieren an Gewicht, und Wechsel- bzw. Protestwähler beeinflussen immer entscheidender das Wahlgesehen. Dadurch verläßt das Elektorat den Zustand von (relativer) Berechenbarkeit/Trägheit und pendelt sich auf einem Niveau mit erhöhter Flexibilität und Beweglichkeit ein („Issue-Wähler“ tendieren leichter zum wechselseitigen Wählen verschiedener Parteien als sozioökonomisch determinierte „Class-Wähler“). Wahlprognosen gestalten sich immer schwieriger.<sup>8</sup> Folgendes Zahlenmaterial soll diese Trends einer durchdynamisierten Wählermobilität dokumentieren.<sup>9</sup> Im Zeitraum 1969-1986 ist es im österreichischen Elektorat zu eindeutigen Strukturveränderungen gekommen. Wähler mit einer „Parteiidentifikation“: Reduktion von 75 % auf 59 %; Stammwähleranteil: Reduktion 65 % auf 39 %; und Wähler mit einer ablehnenden Einstellung zu einem „Parteiwechsel auf Regierungsebene“: Reduktion von 59 % auf 39 %. Aufgeschlüsselt für die Großparteien fiel der Anteil der „sozialen Kernschicht“ bei der SPÖ von 75 % auf 53 % und bei der ÖVP von 57 % auf 30 % (1961-1985). Für die ÖVP ist auch der Umstand relevant, daß sich unter ihren Stammwählern der Prozentsatz jener Personen, die am Sonntag

#### Wertewandel in der Bevölkerung



Abstimmungsergebnis vom  
5. November 1978  
Quelle: Votava



regelmäßig in die Kirche gehen, von 67 % auf 45 % verringerte (1955–1985).

Spiegelsymmetrisch zu den wachsenden Einflußdefiziten der Stammwähler verhält sich der Bedeutungsgewinn von Wechselwählern. Betrachtet über die Zeitperiode 1979–1986 ist der Wechselwähleranteil am stärksten in folgenden drei soziodemographischen Subgruppen angestiegen:<sup>10</sup> Unter 30-jährige Wähler: Zuwachs von 7 % auf 28 %; Maturanten und Akademiker: von 13 % auf 24 %; Angestellte und Beamte („Träger der Mittelschichten“): von 10 % auf 23 %. Die Konklusion daraus lautet, daß sich Jungwähler und Teile der Mittelschichten zu jenen strategischen Wählergruppen entwickeln, um welche die Parteien verstärkt konkurrieren müssen. Hier orten sich auch die empfindlichsten Einbußen der Großparteien. /.../

Die andere Möglichkeit, Kritikpotential umzusetzen, besteht außerhalb des konventionellen Rahmens, der politische Partizipation primär auf die Wahl der Repräsentanten in das Parlament beschränkt. Diese neue Form von politischer Kritik kanalisiert sich über das Engagement in Bürgerinitiativen, und damit zeigt sich, daß wir in unserem Verständnis von politischer Kultur auf eine Bruchlinie zusteuern; hier spiegelt sich eine veränderte Wähler-Selbstwahrnehmung. Bürgerinitiativen werden massiv getragen von einem Mißtrauen gegenüber den Parteien/Großparteien, verknüpft mit dem Phänomen, daß viele von Bürgerinitiativen erhobene Forderungen vorher einem Elitenkonsens auf Parteebene geopfert wurden. Bürgerinitiativen, in der sozialwissenschaftlichen Diskussion auch als „Quasi-Parteien“<sup>11</sup> bzw. „Ein-Themen-Bewegungen“<sup>12</sup> charakterisiert, unterscheiden sich in ihrer Grundstruktur prinzipiell von den durch-professionalisierten Parlamentsparteien: Es handelt sich um überparteiliche Plattformen, deren Sympathisanten sich oft aus verschiedenen politischen Spektren/Lagern zusammensetzen, alle mit einer gemeinsamen politischen bzw. öffentlichen Forderung, die als Klammer fungiert, d. h. als „kleinster gemeinsamer Nenner“. Dazu kommt noch der Anspruch, daß die Forderungen von Bürgerinitiativen nicht mehr unbedingt auf der parlamentarischen Ebene durch die Parteien selbst entschieden werden sollten (dagegen richtet sich der Vorwurf des „Elitenkonsenses“), sondern vielmehr als Lösungsstrategie eine regionale/überregionale Volksabstimmung verlangen.

Hier manifestiert sich eine neue Auffassung von gesellschaftlicher Legitimität, wonach Entscheidungen mit einer gesellschafts-prinzipiellen Reichweite nicht mehr ausschließlich der Kompetenz der im Parlament vertretenen Parteien unterstehen sollten; vielmehr bedürften sie der Bestätigung durch eine Volksabstimmung. Das ist die konsequente Weiterentwicklung folgender Vorstellung: Ergebnisse von Volksabstimmungen entsprechen „echter und un-

verfälschter“ dem Mehrheitswillen der Wähler, da Parlamentsmehrheiten oft von „zufälligen“ bzw. nicht-transparenten Faktoren abhängen. Zusammengefaßt lassen sich die Charakteristika von Bürgerinitiativen zweifach beschreiben: Bürgerinitiativen sind überparteiliche Plattformen, mit dem Anspruch, daß ihre Forderungen/Ziele durch eine Volksabstimmung entschieden werden sollten.

Wenn wir Bürgerinitiativen als Seismographen zukünftiger Trends interpretieren wollen, so impliziert das, daß sich unter spezifischen Wählergruppen (Wechselwähler/Jungwähler) Ansätze etablieren, die eine Demokratiereform wünschen. Ziel dieser Reform wäre es, die bestehende primär parlamentarische Demokratie („indirekte Demokratie“) durch direkt-demokratische Instrumentarien zu erweitern, etwa nach dem Modell: Volksbegehren mit einer Mindest-Unterschriftenanzahl sollten einer Volksabstimmung unterzogen werden. Der dafür notwendige formale Rahmen müßte noch gestaltet werden, um eine effiziente und produktive Anwendung von Volksbegehren/Volksabstimmungen zu gestatten. /.../

Rückblickend betrachtet war das Engagement gegen das AKW Zwentendorf jenes Schlüsselereignis, das der Entfaltung von Bürgerinitiativen, als neue Ausdrucksform von politischer Partizipation bzw. politischer Kultur, entscheidende Impulse gab und somit auch einem qualitativ neuen Demokratieverständnis Vorschub leistete. In der damaligen Konfliktkonstellation standen miteinander vernetzte Bürgerinitiativen einerseits der Macht des „Establishments“ andererseits gegenüber: SPÖ-Alleinregierung und die Spitzen der Sozialpartnerschaft (ÖGB und Wirtschaftsbund).

Es war ein Konflikt, der in vielen Aspekten einem Konfliktmuster von Basis gegen Elite entsprach, und daraus wird auch klar, daß hier der „klassische“ österreichische Konfliktlösungs-Mechanismus eines Elitenkompromisses, im Rahmen der Sozialpartnerschaft, nicht greifen konnte (die damaligen parlamentarischen Oppositionsparteien ÖVP und FPÖ lehnten Zwentendorf ebenfalls ab). Die erzwungene Volksabstimmung, mit ihrem überraschenden Ausgang bedeutete auch einen Durchbruch für Politikengagement von der Basis her. Bei einer Abstimmungsbeteiligung von 64,1 % sprach sich (am 5. November 1978) eine Mehrheit von 50,5 % gegen die Inbetriebnahme des AKWs Zwentendorf aus.

Unsere Konklusion daraus lautet: Die Auflösung der traditionellen Sozialmilieus und das wachsende Legitimitations- bzw. Funktionsdefizit der Großparteien führten zu einer veränderten politischen Wahrnehmung durch den Wähler. Seine Kritik und Reaktion, interpretiert als systemisches Feedback (funktionale Rückkoppelung), kanalisieren sich über eine wachsende Unterstützung von Kleinparteien („issue voting“), die Bereitschaft, bei Wahlen die Partei zu wechseln, sowie eine Teilnahme an und Unterstützung von Bürgerinitiativen. /.../

*Aus: Campbell, David: Der politische Paradigmenbruch in Österreich. Bürgerinitiativen und Volksabstimmungen als demokratiepolitische Phänomene. Sonderdruck in: SWS-Rundschau 31. Jg., Heft 2/1991, S. 211–219.*

- |   |   |
|---|---|
| <p>1 Bretschneider, R.: „Wahlen und Wähler in Österreich 1978/79.“ Kohl. A./A. Stirnemann (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1979. Wien/München 1979, S. 1.</p> <p>2 Plasser, F.: Parteien unter Streß: Zur Dynamik der Parteiensysteme in Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten. Wien/Köln/Graz 1987, S. 179–181.</p> <p>3 Inglehart, R.: Culture Shift in Advanced Industrial Society. Tübingen 1990.</p> <p>4 Traar, K./Birk, F.: „Faktoren des Wählerverhaltens: Warum wählen Wähler in Österreich so wie sie wählen?“ In: Pelinka, A./Plasser, F. (Hg.): Das österreichische Parteiensystem. Wien 1988, S. 132.</p> <p>5 Ulram, P. A.: „Grüne Politik in der Volkspartei.“ Umdenken – Analysen grüner Politik in Österreich. Wien 1984, S. 38–56.</p> <p>6 Mantl, W.: „Reformtendenzen im österreichischen Parteiensystem.“ In: Pelinka, A./Plasser, F. (Hg.): Das österreichische Parteiensystem. Wien 1988, S. 351.</p> | <p>7 Pilz, P.: Land über Bord – Kein Roman. Wien 1989, S.75</p> <p>8 Weisz, T.: Überlegungen zu Wahlprognosen. Wien 1991 (unveröffentlichtes IHS-Seminarpapier).</p> <p>9 Plasser, F.: „Das österreichische Parteiensystem zwischen Erosion und Innovation. Eine empirische Langzeitanalyse.“ In: Pelinka, A./Plasser, F. (Hg.): Das österreichische Parteiensystem. Wien 1988, S. 61–67.</p> <p>10 Plasser, F./Ulram, P. A.: „Großparteien in der Defensive. Die österreichische Parteien- und Wählerlandschaft nach der Nationalratswahl 1986.“ In: Pelinka, A./Plasser, F. (Hg.): Das österreichische Parteiensystem. Wien 1988, S. 89.</p> <p>11 Dachs, H.: „Bürgerlisten und grün-alternative Parteien in Österreich.“ In: Pelinka, A./Plasser, F. (Hg.): Das österreichische Parteiensystem. Wien 1988, S. 181.</p> <p>12 Ulram, P. A.: „Grüne Politik in der Volkspartei.“ Umdenken – Analysen grüner Politik in Österreich. Wien 1984, S. 38.</p> |
|---|---|

- 1956** Gründung der Österreichischen Studiengesellschaft für Kernenergie. Sie befaßt sich mit Fragen über Kernkraftwerke in Österreich.
- 1958** Mai:  
Die Verbundgesellschaft beauftragt Fachleute mit der Standortsuche für ein Atomkraftwerk in Österreich.
- 1960** 25. September:  
Der erste Forschungsreaktor Österreichs wird in Seibersdorf in Betrieb genommen.
- 1963** Gründung der „Arbeitsgemeinschaft Kernkraftwerke“.
- 1967** Beschluß der österreichischen Energiewirtschaft, ein Kernkraftwerk in Österreich zu errichten.
- 1968** 1. März:  
Verbund und Elektrizitätsgesellschaften der Bundesländer gründen die Kernkraftwerksplanungsgesellschaft.  
November:  
Standort Zwentendorf für ein 600-Megawatt-Kernkraftwerk wird bestimmt.
- 1969** Mai:  
Das Energiekonzept der Bundesregierung sieht den Bau eines Atomkraftwerks vor.
- 1970** 10. Februar:  
Gründung der Gemeinschaftskernkraftwerk-Tullnerfeld-Gesellschaft m.b.H. (GKT).
- 1971** 22. März:  
Entscheidung für Baubeginn des AKW Zwentendorf wird getroffen.  
April:  
Baubeginn des AKW Zwentendorf.
- 1972** 12. Jänner:  
Das Parlament verabschiedet eine Strahlenschutzverordnung.  
April 1972 – Jänner 1978:  
Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz erläßt 53 Teilbewilligungen und über 1000 Bedingungen und Auflagen zu Bauvorschriften und Schutzvorkehrungen für Bevölkerung und Umwelt im Zusammenhang mit dem Bau des AKW.
- 1975** Die „Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner“ (IÖAG) wird als Dachverband der Anti-Atomkraft-Gruppen gegründet.
- 1976** Der Energieplan der SPÖ sieht den Bau von drei Atomkraftwerken bis 1990 vor.  
14. Oktober:  
Beginn der Informationskampagne der Bundesregierung zur Beantwortung von fünf zentralen Fragestellungen zur Nutzung der Atomenergie.
- 1977** 24. März:  
AtomenergiegegnerInnen demonstrieren in Wien, Graz, Salzburg, Innsbruck und Klagenfurt.  
Mai/Juni:  
In vier österreichischen Städten finden Symposien zum Thema „Atomenergie“ statt.  
6. Juni:  
Regierungsklausur auf Schloß Hernstein: Nach Vorträgen von Fachleuten entscheidet Regierung, sich für die Nutzung der Atomenergie und die Inbetriebnahme von Zwentendorf auszusprechen, unter der Voraussetzung, daß die Frage der Entsorgung der abgebrannten Brennstäbe gelöst werde.  
Juli:  
ÖVP-Vorsitzender Taus kündigt das Ende der Bereitschaft zu einer Einigung mit der SPÖ in der Frage der Atomenergie bzw. Zwentendorfs an.  
Dezember:  
Der Regierungsbericht über die Atomenergie wird dem Ministerrat und anschließend dem Nationalrat vorgelegt.  
23. Dezember:  
Bewilligung des Gesundheitsministeriums zur Lagerung von Brennelementen in Zwentendorf.
- 1978** Jänner:  
Die Sozialistische Jugend schlägt eine Volksabstimmung zu Zwentendorf vor, Kreisky lehnt ab.  
10. Jänner:  
Die für 10. Jänner vorgesehene und geheimgehaltene Anlieferung von Brennelementen für das AKW Zwentendorf aus Hanau (D) platzt, da die IÖAG (Initiative österreichischer Atomkraftwerksgegner) den Liefertermin erfahren hat und Protestaktionen befürchtet werden.
18. Jänner:  
Anlieferung der Brennelemente per Flugzeug und Hubschrauber.  
Ende Jänner:  
Die FPÖ lehnt Atomenergie und den Atombericht der Bundesregierung grundsätzlich ab.  
Anfang Februar:  
Die ÖVP begrüßt grundsätzlich die Nutzung der Atomenergie, lehnt jedoch Zwentendorf und den Atombericht aufgrund der mangelnden Sicherheitsbestimmungen und der Lückenhaftigkeit des Berichts ab.  
Mitte Februar:  
Ein „Atom-Unterausschuß“ soll die Mängel des Atomberichts beheben. Expertenhearings und Stellungnahmen von BefürworterInnen und GegnerInnen sind geplant. Der Ausschuß kann keine Einigung über den Atombericht erzielen. FPÖ und dann auch ÖVP verweigern ihr „Ja“ Ende Mai.  
22. Juni:  
Der SPÖ-Parteivorstand beschließt, daß die Frage der Nutzung der Kernenergie einer Volksabstimmung unterworfen werden soll. Grund für den Meinungswandel ist die fehlende Sicherheit für eine Zustimmung im Parlament.  
28. Juni:  
Atomenergiebericht der Regierung wird im Parlament mit den Stimmen der SPÖ angenommen, ebenso Entwurf des Gesetzes über die friedliche Nutzung der Atomenergie. Der Gesamtentwurf zur Volksabstimmung wird einstimmig angenommen.  
6. Juli:  
Ablehnung des Gesetzentwurfs durch den Ministerrat.  
7. Juli:  
Beharrungsbeschluß des Parlaments, hebt Ministerratsbeschluß auf.  
25. August:  
Gründung des „Komitees für Zwentendorf“, Mitglieder sind u.a. der Generaldirektor der Österreichischen Nationalbank, der stellv. Generalsekretär der Industriellenvereinigung.

30. August:  
Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Nein zu Zwentendorf“.  
13. September:  
Bundespräsident Kirchschräger ordnet Volksabstimmung über den Gesetzesbeschluss an.  
Ab Oktober:  
Werbekampagnen der Befürworter und der Gegner des AKW

Zwentendorf, Wahlempfehlungen der Parteien, Interessenverbände und von Personen des öffentlichen Lebens.  
5. November:  
Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf. 1.576.839 (=49,33%) stimmen mit Ja, 1.606.308 (=50,47%) stimmen mit Nein.

9. November:  
Generalversammlung der GKT-Gesellschafter beschließt Einstellung der Arbeiten zur Fertigstellung des Kernkraftwerks.  
13. Dezember:  
Gesetz über Verbot des Baus und der Inbetriebnahme von bereits bestehenden Atomkraftwerken in Österreich wird im Parlament verabschiedet.

## ERGEBNISSE VON VOLKSBEGEHREN

Jahr	Betreff	Anzahl der gültigen Eintragungen	Stimmbeteiligung in %
1964	Österreichischer Rundfunk, Gesellschaft m.b.H.	832.353	17,27
1969	Schrittweise Einführung der 40-Stunden-Woche	889.659	17,74
1969	Abschaffung der 13. Schulstufe	339.407	6,77
1975	Schutz des menschlichen Lebens	895.665	17,93
1980	Pro-Zwentendorf-Volksbegehren	421.282	8,04
1980	Anti-Zwentendorf-Volksbegehren	147.016	2,80
1982	Konferenzzentrum/Einsparungsgesetz	1.361.562	25,74
1985	Konrad-Lorenz-Volksbegehren	353.906	6,55
1985	Volksbegehren zwecks Verlängerung des Zivildienstes	196.376	3,63
1985	Volksbegehren gegen Abfangjäger – für eine Volksabstimmung	121.182	2,23
1986	Anti-Draken-Volksbegehren im Bundesland Steiermark	244.254	4,50
1987	Anti-Privilegien-Volksbegehren	250.697	4,57
1989	Volksbegehren zur Senkung der Klassenschülerzahlen	219.127	3,93
1989	Volksbegehren zur Sicherung der Rundfunkfreiheit in Österreich	109.197	1,95
1991	Volksbegehren für Volksabstimmung über einen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum	126.834	2,25
1993	Volksbegehren „Österreich zuerst“	416.531	7,35
1995	Volksbegehren „Pro Motorrad“	75.525	1,31
1996	Tierschutz-Volksbegehren	459.096	7,96
1996	Neutralitäts-Volksbegehren	358.156	6,21
1997	Gentechnik-Volksbegehren	1.225.790	21,23
1997	Frauen-Volksbegehren	644.665	11,17
1997	Volksbegehren „Schilling-Volksabstimmung“	253.949	4,43
1997	Volksbegehren „Atomfreies Österreich“	248.787	4,34
1999	Familien-Volksbegehren	183.154	3,17
2000	Volksbegehren neue EU-Abstimmung	193.901	3,35
2001	Bildungsoffensive- und Studiengebühren Volksbegehren	173.594	2,98
2002	Volksbegehren Vetro gegen Temelin	914.973	15,53
2002	Volksbegehren „Sozialstaat Österreich“	717.102	12,2
2002	Volksbegehren gegen Abfangjäger	624.807	10,65
2003	Volksbegehren „Atomfreies Europa“	131.772	2,23
2004	Pensions-Volksbegehren	627.559	10,53
2006	Volksbegehren „Österreich bleib frei!“	258.281	4,28

Aus: Dokumentation zur Volksabstimmung, hg. v. Innenministerium 1979: Volksbegehren und Volksabstimmungen in der Zweiten Republik, Überblick.

**Elektorat:** Wählerschaft

**Informationskampagne der Bundesregierung:** Wurde zwischen Oktober 1976 und Juni 1977 durchgeführt, fünf Fragestellungen sollten in Diskussionen mit Fachleuten aus dem In- und Ausland behandelt werden: 1. die zukünftige Entwicklung des Energieverbrauchs, 2. die Wirtschaftlichkeit von Kernkraftwerken, 3. die Sicherheit der Kernenergie, 4. die Umweltbelastung bei Normalbetrieb und 5. biologisch-medizinische Fragen. Ziel der Kampagne war es, aufgrund der Diskussion einen Bericht zur Vorlage für das Parlament zu erstellen, der eine Entscheidung über die Nutzung der Kernenergie ermöglichen sollte.

**IOAG:** Initiative österreichischer Atomkraftwerksgegner. Dachverband mehrerer Anti-Atomkraft-Gruppen.

**GKT:** Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld GmbH, Betreibergesellschaft des AKW Zwentendorf, Zusammenschluß von Verbund und sieben Landesgesellschaften (Tirol, NÖ, Steiermark, OÖ, Kärnten, Salzburg, Vorarlberg).

**Klassenpartei:** Partei, die die Interessen einer bestimmten Gesellschaftsschicht in Abgrenzung zu anderen vertritt und ein entsprechendes Parteiprogramm und eine entsprechende Mitgliederstruktur hat. Die Parteien der Ersten Republik sind als Klassenparteien zu bezeichnen, die ihre Klientel in einander gegenüberstehenden sozialen und weltanschaulich-politischen Lagern hatten. In der Zweiten Republik erfolgte mit der Veränderung der Sozialstruktur in den sechziger Jahren auch eine Auflösung der Klassenparteien. Der Anspruch, nicht mehr nur eine bestimmte Bevölkerungsschicht, sondern möglichst alle vertreten zu wollen, kam auch in den beiden Grundsatzprogrammen der Parteien (ÖVP 1972, SPÖ 1978) zum Ausdruck.

**Plebizit:** Volksabstimmung, Volksbefragung.

**Sozialpartnerschaft:** System der Zusammenarbeit zwischen den Organisationen der ArbeitgeberInnen und der ArbeitnehmerInnen. In Österreich bedeutet Sozialpartnerschaft auch eine Kooperation der Regierung mit den Sozialpartnern (z.B. im Wirtschaftsbeirat, der Paritätischen Kommission). In die Sozialpartnerschaft sind Wirtschaftskammern, Landwirtschaftskammern, Arbeiterkammern, Gewerkschaften auf Bundesebene und in den Bundesländern einbezogen.

**Volksabstimmung:** Die Volksabstimmung ist neben dem Volksbegehren und der Volksbefragung eines der Instrumente direkter Demokratie. Volksabstimmungen sind in Österreich obligatorisch bei Gesamtänderung der Bundesverfassung und bei der Absetzung des Bundespräsidenten. Bei Teileränderungen der Bundesverfassung müssen Volksabstimmungen auf Verlangen eines Drittels der Abgeordneten des National- oder des Bundesrates abgehalten werden. Auf Beschluß des Nationalrats bzw. der Mehrheit des Nationalrats kann außerdem jeder Geset-

zesbeschluß einer Volksabstimmung unterzogen werden. In der Zweiten Republik wurden bisher zwei Volksabstimmungen durchgeführt: 1978 zur Nutzung von Kernenergie in Österreich und 1993 zum EU-Beitritt.

**Volkspartei:** Eine Partei, die sich nicht allein einer bestimmten Ideologie oder einer bestimmten sozialen Schicht verpflichtet fühlt, sondern den Anspruch hat, die Interessen der gesamten Bevölkerung zu vertreten. Die heutigen Großparteien sehen sich als Volksparteien. Sie wenden sich, außer an ihre StammwählerInnen, auch an andere WählerInnenschichten und nehmen eine Vielzahl unterschiedlicher politischer Themen in ihre Programme auf.

**Brandstaller, Trautl (Hg.): Österreich 2 1/2.**

**Anstöße zur Strukturreform, Wien (Deuticke Verlag) 1996**

Die Beiträge befassen sich mit Strukturproblemen und aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Schulen und Universitäten, Wirtschafts- und Umweltpolitik, Verkehrskonzepte, Landwirtschaft, Sozialstaat, Migration, europäische Integration.

**Burger, Johann, Morawek, Elisabeth (Hg.): Politische Macht und Kontrolle. Informationen zur Politischen Bildung Nr. 10 (1995/96), Wien (Verlag Jugend & Volk) 1996**

Die Frage nach politischer Macht und ihrer Kontrolle wird in Beiträgen zu politischen Institutionen und Strukturen in Österreich – Parlament, Bundespräsident, Gesetzgebung – und im europäischen Vergleich, z.B. der Präsidentsysteme, untersucht. Ein Didaktikkapitel gibt Unterrichtsvorschläge zum Thema.

**Dachs, Herbert, Gerlich, Peter, Gottweis, Herbert, u.a. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Band 2: Die Zweite Republik, 3. erweiterte und völlig neu bearbeitete Auflage, Wien (Manz Verlag) 1997**

Der Sammelband bietet eine Gesamtdarstellung des österreichischen politischen Systems. Er umfaßt Beiträge zum Regierungs- und Parteiensystem, zu Sozialpartnerschaft und Verbänden, politischer Kultur, Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt-, Minderheiten-, Agrar-, Außenpolitik u.a., zu den Bundesländern und Gemeinden aus historischer, politikwissenschaftlicher und soziologischer Perspektive.

**Luthardt, Wolfgang: Direkte Demokratie. Ein Vergleich in West-Europa, Baden-Baden (Nomos Verlag) 1994**

Vergleichende politikwissenschaftliche Untersuchung über die Instrumente direkter Demokratie in verschiedenen europäischen Ländern (Schweiz, Österreich, Italien, Frankreich, Irland, Skandinavien, Deutschland). Ein Kapitel befaßt sich eingehender mit den EU-Referenden.